

Pressemitteilung

Rückhalt statt Generalverdacht für die Polizei

Der FDP-Ortsverband fordert mehr Respekt, Rückhalt und Vertrauen für die Polizistinnen und Polizisten in Langenfeld und ganz Nordrhein-Westfalen. Die Freien Demokraten unterstützen die von der FDP-Landtagsfraktion NRW in einem neuen Positionspapier vorgeschlagenen Maßnahmen und kritisieren die Innenpolitik der schwarz-grünen Landesregierung, die mit dem sogenannten Antidiskriminierungsgesetz unter anderem Polizistinnen und Polizisten unter Generalverdacht stellen will.

„Die Polizistinnen und Polizisten in Langenfeld machen für den Rechtsstaat und unsere Sicherheit jeden Tag den Rücken gerade – oft unter Einsatz der eigenen Gesundheit. Wer so Verantwortung für unsere Gesellschaft trägt, verdient Vertrauen und Rückhalt statt eines politisch verordneten Generalverdachts. Genau dieses fatale Signal sendet die schwarz-grüne Landesregierung mit ihrem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG).“ Kommentiert Arlette Fleischer, Ortsverbandsvorsitzende der FDP in Langenfeld den Entwurf des Gesetzes.

„Das LADG stellt Polizistinnen und Polizisten durch eine Beweislastumkehr bei jeder einzelnen Entscheidung unter Rechtfertigungsdruck. Künftig ist es ausreichend, wenn die klagende Partei lediglich Indizien für eine vermeintliche Diskriminierung vorbringt. Beweisen müssen dann die Polizistinnen und Polizisten, dass jene tatsächlich nicht vorlag. In der Realität wird das oft nicht möglich sein. Das schafft Unsicherheit im Einsatz und schwächt die Sicherheit in Langenfeld.“ Kommentiert sie weiter.

„Gleichzeitig verursacht das neue Gesetz, sollte es den Landtag passieren, überflüssige Bürokratie in unseren Behörden. Neben Polizistinnen und Polizisten sind von dem neuen Gesetz auch alle anderen Landesbeamten betroffen. Beispielsweise könnten auch Lehrerinnen und Lehrer wegen vermeintlich diskriminierender Noten unter Rechtfertigungszwang geraten.“ Ergänzt Astrid Noack, stellvertretende Ortsverbandsvorsitzende der FDP-Langenfeld.

„Wir Freie Demokraten sagen klar: Statt Misstrauen braucht es echte Unterstützung für die, die für unsere Sicherheit eintreten. Deshalb lehnen wir das Antidiskriminierungsgesetz von CDU und Grünen ab. Wir wollen unsere Polizei stärken: Alle Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen müssen endlich mit dem Taser ausgestattet werden. Wir fordern auch die CDU in Langenfeld auf, sich bei ihrer Landtagsabgeordneten dafür einzusetzen. Den immer wieder diskutierten Verfall von Überstunden bei der Polizei wollen wir gesetzlich ausschließen. Geleistete Überstunden dürfen nicht verfallen – das ist leistungsfeindlich! Wir Freie Demokraten stehen an der Seite unserer Polizei – wer Sicherheit will, muss diejenigen stärken, die sie jeden Tag gewährleisten.“

Arlette Fleischer

Ortsverbandsvorsitzende

Astrid Noack

stv. Ortsverbandsvorsitzende